



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 14.05.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:33 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Michael Lämmerhirt	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Sänger
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme ab 17:10 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Thomas Felke	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter Geschäftsbereich II
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Angelika Foerster	Leiterin Fachbereich Bauen
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Sarah Lange	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Uwe-Volkmar Köck	Sachkundiger Einwohner
Dirk Radde	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Frau Prof. Hübner zum Stadtbahnprogramm Stufe 3**

Frau Prof. Hübner fragte, ob und wann eine informelle Bürgerbeteiligung zum Stadtbahnprogramm Stufe 3 stattfinden wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es Ziel ist, eine funktionsfähige Verkehrsstrasse auf den Weg zu bringen unter Berücksichtigung der Stadträume durch die diese verlaufen soll. Die einzelnen Stufenbeschlüsse konkretisieren, wie die einzelnen Teilmaßnahmen in den Stufen umzusetzen sind. Die HAVAG ist der Maßnahmeträger.

Aktuell findet für die Stufe 3 eine Grundlagenermittlung statt, um einen Stufenbeschluss vorlegen zu können. Zurzeit wird eine standardisierte Bewertung der Wirtschaftlichkeit vorgenommen. Dafür wird keine abgeschlossene Planung benötigt. Sobald eine Ausgangssituation vorliegt, ist es das Ziel, die betroffenen Anlieger zu informieren, um ein Feedback über eventuelle Probleme und Wünsche zu erhalten.

Frau Prof. Hübner fragte, ob die Möglichkeit besteht, nicht nur die Anlieger/ Gewerbetreibende, sondern auch die Bewohnerinnen und Bewohner vor einer Planung mit einzubeziehen.

Herr Rebenstorf sicherte zu, dass die heutigen Einwendungen im Steuerkreis besprochen werden.

zu **Frau Binnewies zum Stadtbahnprogramm Stufe 3**

Frau Binnewies fragte, ob es angedacht ist, dass die Straßenbahn direkt über den Rosa-Luxemburg geführt werden soll.

Herr Rebenstorf antwortete, dass derzeit alle Straßenzüge untersucht werden.

zu **Herr Lüdeke zum Stadtbahnprogramm Stufe 3**

Herr Lüdeke fragte, ob für die Umsetzung der Stufe 3 Bäume gefällt werden müssen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies grundsätzlich nicht das Ziel ist, diese Frage aber zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantwortet werden kann, da derzeit noch die Grundlagenermittlung stattfindet.

zu **Frau Langheinrich zu Gleisbaumaßnahmen**

Frau Langheinrich plädierte für den Baumerhalt. Sie berichtete, dass im Park am Rosa-Luxemburg-Platz die Bäume nicht gepflegt werden und daher eine Vielzahl von dicken Ästen herab fallen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die HVAGA sehr bemüht ist, für Anlieger Einzelfalllösungen zu finden. Er sicherte bezüglich der Bäume zu, dass das Grünflächenamt den Fall prüfen wird.

zu Frau Breme zum Rosa-Luxemburg-Platz

Frau Breme äußerte ihre Bedenken zur Umgestaltung des Rosa-Luxemburg-Platzes und plädierte für eine Entschleunigung und eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Herr Rebenstorf sagte, die Straßenbahn zu stärken und auszubauen ist die Basis, um zu einer klimagerechten Verkehrspolitik zu kommen.

zu Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm Stufe 3

Herr Thomas sagte, dass es keine Bürgerbeteiligungen gibt und die Planungen für das Stadtbahnprogramm geheim gehalten werden. Er sagte, dass die Verwaltung mit der wirtschaftlichen Existenz der Anlieger spielt. Er fragte, ob die HAVAG, der Steuerkreis, die Verwaltung der Stadtrat und der Aufsichtsrat das Einkommen und den Lebensunterhalt der Gewerbetreibenden während dieser Maßnahme gewährleisten.

Herr Rebenstorf merkte an, dass die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst genommen werden. Des Weiteren sagte er, dass die Straßen in einem schlechten Zustand sind und daher die Baumaßnahme durchgeführt werden muss.

Herr Thomas sagte, dass man die Bewohnerinnen und Bewohner von Anfang an über die Bedingungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes aufklären muss.

Herr Rebenstorf sicherte zu, dass mit dem Steuerkreis besprochen wird, wie eine frühzeitige Bürgerbeteiligung organisiert werden kann.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde von **Herrn Dr. Lämmerhirt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Lämmerhirt sagte, dass der TOP 5.2 nach Absprache mit der Fraktion in den Juni vertagt wird.

Herr Sprung bat den TOP 5.3 und den dazugehörigen Änderungsantrag zu vertagen, da der Antragssteller zur heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann.

Frau Winkler sagte, dass der TOP 5.1.1 zurückgezogen wird, da der Änderungsantrag durch DIE LINKE übernommen wurde.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.04.2019
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Verzicht auf den Variantenbeschluss zum Spielplatz Nietleben Heidesee
Vorlage: VI/2019/05040
 - 4.2. Baubeschluss Spielplatz Nietleben Heidesee
Vorlage: VI/2019/05041
 - 4.3. Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark Ortsteil Neustadt - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04825
 - 4.4. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR 044)
Vorlage: VI/2019/04949
 - 4.5. Baubeschluss Ausbau des Radweges Delitzscher Straße zwischen der Bebauungsgrenze Reideburg und der Autobahn-Anschlussstelle A14 Halle-Ost im Zuge der L 165
Vorlage: VI/2019/04950
 - 4.6. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße
Vorlage: VI/2019/04975
 - 4.7. Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/04959
 - 4.8. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/05019
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04757
 - 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04834 **ZURÜCKGEZOGEN**
 - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halle-schen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2018/04529 **VERTAGT**

- 5.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein
Vorlage: VI/2019/04974 **VERTAGT**
- 5.3.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein (Vorlage Nr. VI/2019/04974)
Vorlage: VI/2019/05067 **VERTAGT**
- 5.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2019/05063
- 5.5. Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05105
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.04.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 9. April 2019, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Verzicht auf den Variantenbeschluss zum Spielplatz Nietleben Heidensee
Vorlage: VI/2019/05040

zu 4.2 Baubeschluss Spielplatz Nietleben Heidensee
Vorlage: VI/2019/05041

Frau Trettin führte in die Vorlagen der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dreher fragte, ob sich der Spielplatz innerhalb des FFH-Gebietes befindet.

Frau Trettin antwortete, dass das FFH-Gebiet an den Spielplatz angrenzt.

Herr Dreher fragte, ob bei der Pflanzenauswahl gebietsheimische Pflanzen bevorzugt werden.

Frau Trettin antwortete, dass sehr punktuell heimische Sträucher gesetzt werden.

Herr Keck fragte, ob der Ameisenhaufen in Einzelteile zerlegt werden kann und damit kein Bedarf von Großkränen vonnöten ist.

Frau Trettin antwortete, dass der Ameisenhaufen aus Einzelteilen vor Ort zusammengebaut wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der beiden Vorlagen bat.

**zu 4.1 Verzicht auf den Variantenbeschluss zum Spielplatz Nietleben Heidensee
Vorlage: VI/2019/05040**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, für den Spielplatzneubau Nietleben Heidensee auf den Variantenbeschluss zu verzichten.

**zu 4.2 Baubeschluss Spielplatz Nietleben Heidensee
Vorlage: VI/2019/05041**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die Realisierung des Spielplatzes Nietleben Heidensee.

**zu 4.3 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark Orts-
teil Neustadt - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04825**

Herr Loebner führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Felke sagte, dass eine enge Kooperation mit den Eigentümern hergestellt werden sollte. Er fragte, ob es schon diesbezüglich Bemühungen gab und wie die Resonanz ist.

Herr Loebner antwortete, dass die Gestaltung mit den Anliegern besprochen werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Vorlage bat.

zu 4.3 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum Südpark Ortsteil Neustadt - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04825

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt.
2. Die Aufhebung umfasst den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt mit einer Fläche von ca. 1,17 ha. Der Geltungsbereich ist der Anlage 2 zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 0 Wohngebietszentrum „Südpark“ Ortsteil Neustadt soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

zu 4.4 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR 044)
Vorlage: VI/2019/04949

Frau Foerster führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Nette bat die Pläne zum Baubeschluss, um eine Einheit zu vergrößern.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass die Pläne in Originalgröße im Fachbereich einzusehen sind und mit der Vorlage elektronisch übermittelt wurden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Vorlage bat.

zu 4.4 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR 044)
Vorlage: VI/2019/04949

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke (BR 044) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

- zu 4.5 Baubeschluss Ausbau des Radweges Delitzscher Straße zwischen der Bebauungsgrenze Reideburg und der Autobahn-Anschlussstelle A14 Halle-Ost im Zuge der L 165
Vorlage: VI/2019/04950**

Frau Foerster führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Feigl fragte, wie der Radweg ausgeschildert sein wird.

Frau Foerster antwortete, dass für eine Beschilderung eine verkehrsbehördliche Anordnung vonnöten ist, welche noch nicht vorliegt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Vorlag bat.

- zu 4.5 Baubeschluss Ausbau des Radweges Delitzscher Straße zwischen der Bebauungsgrenze Reideburg und der Autobahn-Anschlussstelle A14 Halle-Ost im Zuge der L 165
Vorlage: VI/2019/04950**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Vergabeausschuss beschließt den Ausbau der Wegeverbindung Delitzscher Straße zwischen der Bebauungsgrenze Reideburg und der Autobahn-Anschlussstelle A14 Halle-Ost im Zuge der L 165 auf einer Länge von ca. 320 m.

- zu 4.6 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße
Vorlage: VI/2019/04975**

Frau Foerster führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Feigl fragte, auf welcher Grundlage die Abmarkierung nicht erfolgt.

Frau Foerster antwortete, dass derartige Abmarkierungen eine verkehrsbehördliche Anordnung voraussetzen und diese die Untere Verkehrsbehörde zum aktuellen Zeitpunkt ablehnt.

Herr Sprung fragte, ob bei der Anordnung von Stellplätzen auch Stellplätze für LKWs mit geplant worden.

Frau Foerster verneinte dies.

Herr Dreher fragte, aus welchem Grund man den Empfehlungen des Radverkehrsbeauftragten nicht gefolgt ist.

Frau Foerster antwortete, dass der verfügbare Straßenquerschnitt zum einen nicht ausreicht und die Anordnung in Bezug auf Schutzstreifen etc. in die Zuständigkeit der unteren Verkehrsbehörde fällt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Vorlage bat.

**zu 4.6 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße
Vorlage: VI/2019/04975**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 288 Brachwitzer Straße zwischen Götschebrücke und Zufahrt Heizkraftwerk entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 4.7 Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/04959**

**zu 4.8 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/05019**

Frau Foerster führte in die Vorlagen der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Nette bat um Erklärung des Wortes Auskolkung.

Frau Foerster antwortete, dass es ein anderes Wort für Ausspülung ist.

Herr Dreher fragte, warum die Uferbefestigungsmaßnahme an einer Bundeswasserstraße keine Sowie-so-Maßnahme der Bundeswasserstraßenverwaltung ist. Des Weiteren sagte er, dass es sich um einen größeren Eingriff in die Natur und Landschaft handelt und fragte, ob es zu den Planungen einsehbar Unterlagen (landschaftspflegerische Begleitpläne) gibt.

Frau Foerster antwortete, dass die Zuständigkeit bei der Stadt Halle (Saale) liegt, und zwar in den Bereichen, wo die Stadt Grundstückseigentümer der Uferbereiche ist. Des Weiteren merkte sie an, dass eine Uferbefestigung nur an den Stellen stattfindet, wo es zu Ausspülungen gekommen ist. Der Eingriff ist somit minimiert und wird von der Wasserseite ausgeführt.

Herr Feigl fragte, ob die gesamten Uferbereiche mit Wassersteinen angefüllt sind.

Frau Foerster antwortete, dass es auch kleine Bereiche gibt, bei denen keine Wassersteine verbaut wurden. Dort wurde mit Erdmaterial der Böschungsverlauf aufgefüllt.

Herr Dreher regte eine artenschutzrechtliche Betrachtung an.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung der Vorlag bat.

**zu 4.7 Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/04959**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt auf Grundlage der in der Sitzung des Stadtrates Halle (Saale) am 31. Januar 2018 beschlossenen 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für die Stadt Halle (Saale) vom 29. Oktober 2014, zuletzt geändert durch Satzung vom 27. September 2017, bei der Fluthilfemaßnahme Nr.198 Uferbefestigung der Saale für den Anteil der Böschungsbefestigung auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

**zu 4.8 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung
Vorlage: VI/2019/05019**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale, Anteil Böschungsbefestigung, entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 5.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien**
Vorlage: VI/2019/04757
-

Frau Krimmling-Schoeffler brachte den geänderten Antrag ihrer Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung des Antrages bat.

- zu 5.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien**
Vorlage: VI/2019/04757
-

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt
nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

**mehrheitlich zugestimmt
nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

~~Zusammen mit dem Stadtrat erstellt die Verwaltung eine Liste historisch bedeutsamer oder Stadtbild prägender Immobilien, bei denen die~~ **Die** Verwaltung **wird beauftragt**, im Falle eines ~~des~~ Verkaufs **eines Gebäudes oder einer Fläche, bei dem der Stadt Halle (Saale) nach rechtlicher Prüfung grundsätzlich ein Vorkaufsrecht zusteht, zeitnah** den Stadtrat **über diesen Sachverhalt zu informieren** ~~informiert~~, so dass der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung entscheiden kann, ob die Stadt ihr Vorkaufsrecht ~~zieht~~ **geltend macht** oder nicht.

- zu 5.4 **Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt**
Vorlage: VI/2019/05063
-

Herr Schied brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf teilte mit, dass der Antrag als Prüfantrag umgesetzt wird und die Ergebnisse im kommenden Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Feigl bat um aktuellen Stand über die Umsetzung der Aufstellung von Fahrradbügel im gesamten Stadtgebiet.

Herr Rebenstorf sicherte eine Information im kommenden Ausschuss zu.

Herr Sprung fragte, ob die einbringende Fraktion mit der Form als Prüfantrag einverstanden ist.

Herr Schied bejahte dies.

Frau Winkler bat, über den Standort der Fahrradbügel am August-Bebel-Platz ebenfalls zu berichten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Lämmerhirt** um Abstimmung des Antrages bat.

zu 5.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung von Fahrradbügeln am August-Bebel-Platz und am Islamischen Kulturzentrum in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2019/05063

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sowohl am August-Bebel-Platz als auch am Islamischen Kulturzentrum bedarfsgerecht Fahrradbügel zu errichten.

zu 5.5 Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05105

Herr Rebenstorf bat um Ausführung der Intention des Antrages.

Frau Winkler sagte, dass die Intention darin besteht, eine Möglichkeit zu geben, dass nicht zwingend so viele Parkplätze errichtet werden, wie in der Stellplatzsatzung vorgegeben ist. Die gegenteilige Mobilitätsentwicklung soll gefördert werden, sodass die Bürgerinnen und Bürger auf das Fahrzeug verzichten und mehr das Fahrrad oder den ÖPNV nutzen.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Antrag ohne konkrete Alternative der Investoren nicht umsetzbar ist. Er schlug vor, den Antrag in eine Anregung umzuformulieren.

Frau Winkler zog den Antrag ihrer Fraktion zurück.

zu 5.5 Antrag der Fraktion MitBürger zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05105

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussempfehlung:

1. Die Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) wird um einen Paragraphen ergänzt. Der neue Paragraph wird nach § 3 eingefügt. Die Nummerierung der folgenden §§ und sich auf diese Ordnung beziehenden (Quer-)Verweise werden entsprechend aktualisiert. Der neue Paragraph erhält folgende Fassung:

§ 4 Aussetzung und Befreiung von der Pflicht zur Herstellung von Kfz-Stellplätzen bzw. von der Stellplatzablösemöglichkeit durch ein qualifiziertes Mobilitätskonzept

- (1) Wird für ein Vorhaben ein qualifiziertes Mobilitätskonzept vorgelegt, so kann
 1. die Anzahl der herzustellenden Kfz-Stellplätze um bis zu 30 Prozent verringert werden bzw.
 2. eine Befreiung von oder Aussetzung der Zahlung des Stellplatzablösebetrages ganz oder teilweise erfolgen. Die Anzahl der abzulösenden Kfz-Stellplätze nach § 2 Abs. 4 kann um bis zu 35 Prozent verringert werden.
- (2) Ein qualifiziertes Mobilitätskonzept im Sinne des Absatzes 1 stellt eine Konzeption dar, die geeignet ist, die Nachfrage der Bewohner bzw. Nutzer an Kraftfahrzeugen bzw. Kfz-Stellplätzen zu reduzieren. Dazu zählen insbesondere:
 1. die Teilnahme an einem (E-)Carsharing-Konzept,
 2. die Vorhaltung von Maßnahmen, welche die Nutzung von Fahrrädern besonders unterstützen (z. B. die Bereitstellung von E-Bikes, Lastenrädern oder Pedelecs über Bike-Sharing-Konzepte) oder die Errichtung von zusätzlichen Abstellflächen/-räumen (z.B. für Fahrradanhänger),
 3. spezielle Angebote für Beschäftigte, Bewohner und andere Nutzer (z. B. Jobticket, Semesterticket, Jobräder, ÖPNV-Abo).

2. § 2 wird um einen Punkt ergänzt:

(9) Ab einer Anzahl von 10 zu errichtenden Pkw-Stellplätzen für ein Vorhaben sind 10 Prozent der zu errichtenden Stellplätze derart zu gestalten, dass sie die Mindestanforderungen als Normladedepot für Elektroautos (gemäß § 3 der Ladesäulenverordnung) erfüllen. Ergeben sich bei der Ermittlung der Anzahl der notwendigen Stellplätze Dezimalstellen, sind diese nach den mathematischen Regeln ab 0,5 aufzurunden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bauvorhaben Hafenstraße

Herr Rebenstorf informierte anhand einer Präsentation über das Bauvorhaben in der Hafenstraße.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Feigl fragte, ob es entsprechende Bodenuntersuchungen gegeben hat.

Herr Rebenstorf antwortete, dass diese baubegleitend stattfinden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Gestaltung Postvorplatz

Frau Trettin informierte anhand einer Präsentation über die Gestaltung des Postvorplatzes.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Winkler fragte, ob das linke Beet kleiner ist als vorher.

Frau Trettin antwortete, dass sich außer der Beibehalt der vorhandenen Treppe nichts verändert hat.

Herr Schramm fragte, was die kleinen Rechtecke auf dem Beet darstellen.

Frau Trettin antwortete, dass es sich um Trittplatten handelt zur Errichtung der Schaltschränke.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Eigendorf zu Stellplätzen für Wohnmobile

Herr Eigendorf fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Schaffung von Wohnmobilstellplätzen.

Frau Trettin antwortete, dass derzeit die Möglichkeit von 100 Stellplätzen auf dem Gelände Sandanger geprüft wird. Sobald der HFC die neue Trainingsanlage (Sihö) nutzen kann, soll ein privater Betreiber über ein Interessenbekundungsverfahren ausgewählt werden. Im Ausschuss wird dann darüber berichtet.

zu 8.2 Herr Schied zum Fußweg Ernst Kamieth-Straße

Herr Schied sagte, dass auf dem Fußweg, aus der Ernst-Kamieth-Straße in Richtung Hans-Dietrich-Genscher-Platz, auch nach einer Beschilderung des Verbotes von Fahrrädern weiterhin Radfahrer den Weg nutzen und nicht absteigen. Er fragte, ob dieses Verbot kontrolliert wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Schramm zur öffentlichen Toilette Am Steintor

Herr Schramm fragte, wann die öffentliche Toilette Am Steintor wieder geöffnet wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Frau Dr. Bergner zu Kröllwitz

Frau Dr. Bergner sagte, dass im Herbst 2018 ein Beschluss, über die Gestaltung und Verkehrsplanung von Kröllwitz gefasst wurde. Sie fragte, ob das bereits bestehende Verkehrskonzept dem Stadtrat vorgelegt wird.

Herr Loebner antwortete, dass es sich dabei um die erste Korrekturfassung handelt. Aktuell findet eine Überarbeitung statt und wird dann den Bürgerinnen und Bürgern, als auch dem Stadtrat vorgelegt.

Frau Dr. Bergner fragte, weshalb die Korrekturfassung nicht vorgelegt wird.

Herr Loebner antwortete, dass es sich dabei nicht um die finale Fassung handelt und Aspekte mit dem beauftragten Büro tiefer betrachtet werden müssen.

Frau Dr. Bergner fragte, wie weit die Planungen zur Gestaltungskonzeption sind.

Herr Loebner antwortete, dass aufgrund geringer Kapazitäten ein genaues Datum der Fertigstellung nicht genannt werden kann.

zu 8.5 Herr Feigl zum Parkhaus hinter der Oper

Herr Feigl fragte nach dem aktuellen Sachstand zum Parkhaus hinter der Oper.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Krimmling-Schoeffler zur Fußgängersituation am Weinbergcampus

Frau Krimmling-Schoeffler regte, an die Fußgängersituation am Weinbergcampus zu überprüfen. An der Endhaltestelle der Linie 5 steht ein Schild mit der Beschriftung „Achtung Fußgänger an der Fahrbahn“. Keiner der vorbeifahrenden Fahrzeuge achtet darauf, sodass das Überqueren der Straße oft nicht möglich ist.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Herr Schramm zu Nette Toilette

Herr Schramm regte die Umsetzung der Aktion „Nette Toilette“ im Innenstadtbereich zu prüfen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Herr Eigendorf zur Straße Waldkater

Herr Eigendorf regte an, die Straße Waldkater (zwischen Am Heiderand und Kolkturning), welche mit vielen Schlaglöchern versehen ist, zu reparieren.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.4 Frau Winkler zur Berücksichtigung von alternativen Mobilitätsangeboten sowie Elektromobilität in der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)

Frau Winkler regte die Überarbeitung der Stellplatzsatzung, unter Berücksichtigung der alternativen Mobilitätsangebote an.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Lämmerhirt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Michael Lämmerhirt
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Stellv. Protokollführerin